

Vertrauensfrage des Bundeskanzlers — Vertrauenskrise der SPD

1972 bis 1982: Die SPD zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der Bundeskanzler hat am 5. Februar 1982 im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Die Öffentlichkeit hat gespürt, was nicht zu verbergen war: Wer sich Vertrauen ausdrücklich bescheinigen lassen muß, ist sich des Vertrauens nicht mehr sicher. Wer sich des Vertrauens hingegen sicher ist, braucht die Vertrauensfrage nicht zu stellen.

Vor dem Parlament hat der Bundeskanzler die Vertrauensfrage formal bestanden. Die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag entsprechen jedoch längst nicht mehr den Wünschen der Wähler. Das Vertrauen der Bürger in die Politik der SPD ist inzwischen so stark strapaziert worden, daß Kanzler und Koalition die Vertrauensfrage bei den Wählern nicht bestehen würden.

Millionenarbeitslosigkeit, steigende Inflationsraten, Erhöhung der Steuern und Abgaben und die desolatte Finanzlage des Bundes lassen befürchten, daß der Bundeskanzler und die SPD auch in der Zukunft Täuschungen und Verschleierungen als Mittel der Politik einsetzen werden. Die nachfolgende Gegenüberstellung von Ankündigungen und Ergebnissen hat die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle zusammengestellt.

Es hat in der ganzen Nachkriegsgeschichte keine Regierung gegeben, die das deutsche Volk, gemessen an Versprechen und Wirklichkeit, so wie diese Regierung hinter das Licht geführt hat.

In einer Zeit der Krise braucht der Staat an der Spitze Männer und Frauen, die sich durch Geradlinigkeit, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit auszeichnen. Wie viele Bürger, selbst SPD-Wähler, trauen heute der Bundesregierung und der Führung der SPD diese Eigenschaften noch zu?

Der Bundeskanzler und die SPD müssen sich an ihren eigenen Worten messen lassen:

„Minister haben immer die Aufgabe, die Wahrheit zu sagen und nicht unter dem Deckmantel der Pädagogik Märchen aufzutischen!“

(Helmut Schmidt, Aktuelle Fragen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, Interview mit „Süddeutsche Zeitung“, 27. Juli 1972)

„Schauen Sie, ich mache keine Versprechungen, von denen ich weiß, daß der Staat oder die Bundesregierung oder der Bundestag sie nicht halten kann.“

(Helmut Schmidt in der Diskussionsrunde des ZDF: „Journalisten fragen — Politiker antworten“, 28. September 1972)

„Was man versprochen hat, das muß man halten!“

(Helmut Schmidt, 13. September 1980, Hamburg-Wandsbek)

Noch im Januar 1982 war sich Helmut Schmidt sicher, das Vertrauen der Bevölkerung zu genießen:

„Die Bundesregierung ist sich des Vertrauens sehr wohl bewußt, das diese Politik bei der Mehrheit unserer Bürger findet. Sie wird dieses Vertrauen nicht enttäuschen.“

(Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag, 19. Januar 1982, zitiert nach Bulletin Nr. 6, 21. Januar 1982)

Wenige Tage später äußerte sich Schmidt zu der von ihm gestellten Vertrauensfrage:

„Es war nicht zwingend, aber es schien mit dringend wünschenswert sowohl gegenüber den beiden Regierungsfractionen als auch — und das ist viel wichtiger — gegenüber der deutschen Öffentlichkeit, die durch vielerlei Hin und Her und Interviews und Reden in den letzten 14 Tagen, drei Wochen, verwirrt worden ist . . . Aber für alle über 60 Millionen Deutsche ist notwendig, daß sie am Freitagabend im Fernsehen erfahren, daß hier eine Regierung steht, die nicht nur weiß, wo sie hin will, sondern die dafür auch die notwendigen Mehrheiten hat.“

(ZDF-Heute-Journal, 3. Februar 1982)

Millionenarbeitslosigkeit

Im Februar 1982 waren fast 2 Millionen Menschen ohne Arbeit. Damit hat sich seit 1972 die Zahl der Arbeitslosen mehr als verzehnfacht. Es ist zu befürchten, daß in den nächsten Jahren die Arbeitslosenzahl weit über die 2-Millionen-Grenze steigen wird. Diese Massenarbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen soziale Not und für die deutsche Volkswirtschaft enorme Verluste. Die Entwicklung war vorhersehbar. Es handelt sich hier um die bestprognostizierte Krise des Jahrhunderts (D. Mertens, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit).

Die SPD hat das Problem der Arbeitslosigkeit gleichwohl Jahr für Jahr verharmlost, die Lage beschönigt. Es ist bestürzend, beobachten zu müssen, wie sich die SPD als hauptverantwortliche Regierungspartei immer mehr von der Wirklichkeit abkoppelt.

„Heute wissen wir, daß 2 Prozent Arbeitslosigkeit doch schon einhergehen mit einer erheblichen Rezession und schweren psychologischen und politischen Rückwirkungen. Wir würden also aus politischen Gründen — und als Sozialdemokrat sage ich: auch aus sozialen Gründen natürlich — 2 Prozent Arbeitslosigkeit als eine schwere Fehlentwicklung der Wirtschaft ansehen.“

(Helmut Schmidt, „Süddeutsche Zeitung“, 28. Juli 1972)

„Aber ich lehne es ab, Stabilität oder Wirtschaftswachstum in einem höheren Rang zu sehen als Vollbeschäftigung. Mir scheint, daß das deutsche Volk — zugespitzt — 5 Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Schon 3 Prozent Arbeitslosigkeit würden für die Bundesrepublik unerträglich sein.“

(Helmut Schmidt, „Süddeutsche Zeitung“, 28. Juli 1972)

Im Bundestagswahlkampf 1972 war in einer SPD-Anzeige zu lesen:

„Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst. Radika-

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1971:

185 072

Arbeitslosenquote:
0,8 Prozent

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1972:

246 433

Arbeitslosenquote:
1,1 Prozent

lismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.“

(z. B. in Frankfurter Neue Presse, 20. Oktober 1972)

Als die Arbeitslosenzahlen dann doch zu steigen begannen, versuchte Schmidt, dies wortreich aufzufangen:

„Sie sehen, ich mache einen deutlichen Unterschied zwischen Überbeschäftigung und Vollbeschäftigung. Die letztere gehört nach der festen Überzeugung der Bundesregierung zu den gesellschaftlichen Grundforderungen. Sie ist die wichtigste Bedingung der sozialen Stabilität und kann deshalb auch aus Gründen der Preisstabilität nicht aufs Spiel gesetzt werden.“

(Rede zur Einbringung des Haushaltes 1974 im Deutschen Bundestag am 23. Oktober 1973, zitiert nach „Bulletin“ Nr. 136, 24. Oktober 1973)

„Wir werden uns wie bisher anstrengen, den hohen Beschäftigungsstand zu erhalten ... Unsere Arbeitsplätze sind sicher ...“

(Helmut Schmidt, Regierungserklärung vom 17. Mai 1974, zitiert nach „Bulletin“ Nr. 60, 18. Mai 1974)

„Die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition ist aber ein Garant dafür, daß es keine Massenarbeitslosigkeit geben wird.“

(Helmut Schmidt, Rede auf einer SPD-Großkundgebung in Hannover am 27. Mai 1974, zitiert nach SPD-Pressemitteilung Nr. 248, 27. Mai 1974)

„Es muß doch wohl einen Grund dafür geben, daß wir das Land mit den niedrigsten Preissteigerungen sind, ... und immer noch mit einem hohen Beschäftigungsstand.“

(Hans Apel, Einbringungsrede zum Haushaltsgesetz 1975, 18. September 1974, zitiert nach Bulletin Nr. 107, 19. September 1974)

„Natürlich ist Arbeitslosigkeit schlimm, egal, wo die Ursachen liegen, ob nun auf dem Inlandsmarkt oder im Export. Arbeitslosigkeit ist immer schlimm. Wem sagen Sie das. Wir haben knapp 600 000 Arbeitslose. Davon

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1973:

273 498

**Arbeitslosenquote:
1,2 Prozent**

Zahl der Arbeitslosen im Mai 1974:

456 965

**Arbeitslosenquote:
2,0 Prozent**

Zahl der Arbeitslosen im September 1974:

556 891

**Arbeitslosenquote:
2,4 Prozent**

Zahl der Arbeitslosen im November 1974:

799 337

ist die Hälfte echt, die andere Hälfte nur bedingt vermittlungsfähig ... Wir stellen sicher, daß sich Arbeitslosigkeit bei uns nicht auf Dauer noch mehr ausbreitet. Im nächsten Jahr sieht vieles, wie ich denke, anders aus.“

(Helmut Schmidt, Interview mit „Hamburger Abendblatt“, 2. November 1974)

„Mein im Mai 1972 geprägtes Wort, wonach fünf Prozent Preissteigerung zwar schlimm, aber eher zu ertragen sind als etwa fünf Prozent Arbeitslosigkeit, war richtig. Richtig nicht nur für 1972, sondern auch für 1975 ein absolut notwendiger Maßstab. ... Man kann aber auch immer noch leichter sechs Prozent Preissteigerung als 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit ertragen.“

(Helmut Schmidt, „Die Zeit“, 8. November 1974)

„Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dient heute zuerst und vor allem der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze.“

(SPD-Anzeige im Bundestagswahlkampf 1976, Bunte Illustrierte, 22. Juli 1976)

„Die Jahresarbeitslosigkeit 1977 soll im Schnitt unter vier Prozent gesenkt werden, ...“

(Helmut Schmidt, Informationen der SPD-Bundestagsfraktion, 1. Februar 1977)

„Wir wollen auf jeden Fall verhindern, daß es zu mehr Arbeitslosigkeit kommt.“

(Hans Matthöfer, Interview mit „Bild am Sonntag“, 5. August 1979)

„Wir bewegen uns in Richtung Vollbeschäftigung.“

(Hans Matthöfer, „Frankfurter Gespräch“, Hessischer Rundfunk, 2. Dezember 1979)

Arbeitslosenquote:
3,5 Prozent

Im Dezember 1974 erreichte die Zahl der Arbeitslosen annähernd die Millionen-Grenze. Sie betrug 945 916. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent.

In jedem Monat des Jahres 1975 lag die Zahl der Arbeitslosen über 1 Million. Sie erreichte im Jahresdurchschnitt 1 074 217. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent.

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1976:

1 060 336

Arbeitslosenquote:
4,6 Prozent

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1977:

1 029 995

Arbeitslosenquote:
4,5 Prozent

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1979:

876 137

Arbeitslosenquote:
3,8 Prozent

Offenbar bedeuten für Matthöfer 800 000 Arbeitslose schon Vollbeschäftigung. Auch Schmidt sieht eine solche Beschäftigungslage als günstig an:

„Zur Schwarzmalerei besteht kein Anlaß. Auch 1980 wird das Wirtschaftswachstum steigen und wird die Beschäftigungssituation günstig sein.“

(Helmut Schmidt, Interview mit „Stern“, 3. Januar 1980)

„Wir haben durch unsere Politik Arbeitslosigkeit verhindert, wir haben eine moderne, leistungsfähige Wirtschaftsstruktur geschaffen, und das ist für unsere Kinder wichtig.“

(Hans Matthöfer, „Interview zum Zeitgeschehen“, Südwestfunk, 29. Juni 1980)

Im Bundestagswahlkampf 1980 war in einer Wahlkampfanzeige der SPD zu lesen:

„Das will die SPD: . . . Vollbeschäftigung durch aktiven Staat. . . Das will die SPD auf keinen Fall: . . . Arbeitslosigkeit.“

(z. B. in Brigitte Heft Nr. 19, 3. September 1980)

Und das hat die SPD erreicht:

„Wir (Sozialdemokraten) werden niemals bereit sein, Massenarbeitslosigkeit als etwas Unvermeidliches hinzunehmen.“

(Willy Brandt, „Berliner Stimme“, zitiert nach SPD-Pressemitteilung Nr. 70, 13. Februar 1982)

Die SPD hat trotz zahlreicher Beteuerungen in den letzten 10 Jahren das Arbeitslosenproblem nicht in den Griff bekommen. Sie hat durch unseriöse Versprechungen das Vertrauen der Bürger mißbraucht.

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1980:

888 900

**Arbeitslosenquote:
3,8 Prozent**

**Im Jahresdurchschnitt 1980 waren
72 767 Jugendliche
unter 20 Jahren ohne
Arbeit.**

Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1981:

1 271 600

**Arbeitslosenquote:
5,5 Prozent**

Inflation

In den letzten 10 Jahren sind die Preise mehr als doppelt so schnell gestiegen wie in den 20 Jahren zuvor.

Durchschnittliche Preissteigerungsrate von 1952 bis 1960: +1,2 Prozent, von 1961 bis 1970: +2,5 Prozent, von 1971 bis 1980: +5,0 Prozent.

„Stabilität, das ist so ein Modewort. Die Besorgnis um die Stabilität bedrängt mich persönlich nicht so sehr wie andere.“

(Helmut Schmidt, Wirtschaftswoche, 29. Oktober 1971)

**Inflationsrate 1971:
+5,3 Prozent**

„Die derzeitige Steigerungsrate bei den Lebenshaltungskosten von 5,6 Prozent, die ich bei Amtsantritt vorgefunden habe, ist mir eindeutig zu hoch, wie ich in letzter Zeit wiederholt betont habe.“

(Helmut Schmidt, Interview mit „Deutsche Zeitung“, 1. September 1972)

**Inflationsrate 1972:
+5,5 Prozent**

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen werden auch in Zukunft nichts unversucht lassen, um auf die Dauer die derzeitigen Preiseraten zu senken.“

(Helmut Schmidt, Interview mit „Deutsche Zeitung“, 1. September 1972)

„Ich möchte das Wort Inflation nicht in den Mund nehmen. Unter Inflation verstehe ich, wenn die Zigaretten vier Mark kosten.“

(Helmut Schmidt, Harburger Anzeigen und Nachrichten, 17. August 1972)

**Ab 1. Juli 1982
wird eine Schachtel
Zigaretten 4,—
DM kosten.**

Daß Schmidt es mit den Inflationsraten doch nicht so ernst nimmt, belegen seine Äußerungen:

„Eine gewisse Ausweitung der Preise indes würde ich in Kauf nehmen.“

(Interview mit „Wirtschaftswoche“, 21. Dezember 1973)

**Inflationsrate 1973:
+6,9 Prozent**

„Es hat keinen Zweck, sich selber vorzumachen, als ob man ein Höchstmaß an Beschäftigungsstabilität mit einem Höchstmaß an Preisstabilität verbinden könnte.“

(zitiert nach Bulletin Nr. 87, 18. Juli 1974)

**Inflationsrate 1974:
+7,0 Prozent**

„Wir haben die Inflationserwartung vollständig gebrochen.“

(Neue Rhein-Zeitung, 3. Mai 1975)

„Es ist schlimm, aber realistisch, daß man sagen muß: Es hat keinen Sinn, die Vollbeschäftigung als das Ziel Nummer 1 so hoch über alle anderen Ziele zu schreiben, daß man auf die anderen gar keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Man muß Rücksicht nehmen auf das Ziel der Geldwertstabilität, wenn man eine dauerhafte hohe Beschäftigung erzielen will.“

(Godesberger Parteirat der SPD am 27./28. Januar 1977, Protokoll, herausgegeben vom SPD-Parteivorstand, Februar 1977, Seite 133)

„Ich erwarte, daß die Preissteigerungen im nächsten Jahr niedriger sein werden als in diesem Jahr, weil die sehr starken Ölpreissteigerungen und die Mehrwertsteuererhöhung sich nicht wiederholen.“

(Hans Matthöfer, Interview mit „Bild am Sonntag“, 5. August 1979)

„Ich gehe davon aus, daß wir — wenn nichts Außergewöhnliches geschieht — 1980 wieder in die Nähe der Vierprozentmarke kommen, vielleicht sogar eine Drei vor dem Komma haben werden.“

(Hans Matthöfer, Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Nr. 947, 25. September 1979)

„Er (der Bürger) soll sehen, daß wir solide Leute sind und angesichts der höchst unsicheren weltwirtschaftlichen Entwicklung alles tun werden, was erforderlich ist, um in unserem Lande Preisstabilität und Vollbeschäftigung zu sichern.“

(Hans Matthöfer, Interview mit dem „Spiegel“, 7. April 1980)

Die Fakten belegen, daß es die Alternative höhere Arbeitslosigkeit oder höhere Preise nicht gibt, selbst wenn führende SPD-Politiker — allen voran Bundeskanzler Schmidt — dies lange Zeit behauptet haben. Die Vernachlässigung der Stabilitätspolitik hat nämlich zu anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und ständig steigenden Preisen geführt.

**Inflationsrate 1975:
+ 6,0 Prozent**

**Inflationsrate 1976:
4,3 Prozent
Zahl der Arbeitslosen:**

**1,06 Millionen
1977: Inflationsrate
+ 3,7 Prozent
Zahl der Arbeitslosen:**

1,03 Millionen

**Inflationsrate 1979:
+ 4,1 Prozent
Inflationsrate 1980:
+ 5,5 Prozent**

**Inflationsrate 1981:
+ 5,9 Prozent**

Inflationsrate Januar 1982: + 6,2 Prozent

Finanzkrise

Die Staatsfinanzen waren in bester Verfassung, als Brandt 1969 Bundeskanzler wurde. Zwölf Jahre SPD/FDP-Regierung haben die Dinge gründlich verändert. Die Verschuldung des Bundes ist mittlerweile auf über 270 Mrd. DM im Jahr 1981 angestiegen. Das bedeutet, daß auf jeden der 22 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 12 000 DM Bundesschulden entfallen.

„Deshalb darf der Staat auch nächstes Jahr nicht über seine Verhältnisse leben: Wir nehmen deshalb nächstes Jahr noch weniger Kredit auf als dieses Jahr.“

(Helmut Schmidt, SPD-Fernsehspot im Bundestagswahlkampf 1972)

„Die Finanzen des Bundes sind in Ordnung, und die Bürger unseres Landes können sich darauf verlassen, daß dies so bleibt.“

(Helmut Schmidt, Rede zur Einbringung des Bundeshaushalts 1973 im Deutschen Bundestag, 3. April 1973; zitiert nach Bulletin Nr. 38, 4. April 1973)

„... die Verschuldungsrate des Bundes ist so gering, daß wir hier keine Probleme haben.“

(Hans Apel, Einbringungsrede zum Bundeshaushalt 1975 im Deutschen Bundestag, 18. September 1974, zitiert nach Bulletin Nr. 107, 19. September 1974)

„Dieses ist ökonomisch völlig vernünftig. Es wäre dann gefährlich, wenn man jedes Jahr eine solche Verschuldung aufhäufen würde und würde das fünf, sechs, sieben Jahre lang betreiben.“

(Helmut Schmidt, Interview in ARD-„Panorama“, 3. Februar 1975)

„Deswegen haben wir mit diesen Beschlüssen des Kabinetts dafür gesorgt, daß, auslaufend mit 1976, anschließend die Kreditaufnahmebedürfnisse des Bundeshaushalts drastisch verringert werden.“

(Helmut Schmidt, Interview im ARD-„Bericht aus Bonn“, 29. August 1975)

Schuldenstand des Bundes 1972:

54,5 Mrd. DM

Neuverschuldung:
4,0 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1973:

57,1 Mrd. DM

Neuverschuldung:
2,7 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1974:

69,4 Mrd. DM

Neuverschuldung:
9,5 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1975:

107,1 Mrd. DM

Neuverschuldung:
29,9 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1976:

125,3 Mrd. DM

Neuverschuldung:
25,8 Mrd. DM

„Wir dürfen uns nicht ... daran gewöhnen, daß etwa auf die Dauer soviel Schulden gemacht werden könnten; nächstes und übernächstes und drittnächstes Jahr wieder; das geht nicht! Einmal gibt es dann gar nicht soviel Leute, die einem das Geld leihen könnten oder wollten, und zum anderen braucht von dem Geld, was in den nächsten Jahren gespart werden wird, auch die Wirtschaft ihren Teil an Krediten.“

(Helmut Schmidt, Rede auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg, 6. Oktober 1975; zitiert nach Bulletin Nr. 120, 9. Oktober 1975)

„Mir lag aber daran, deutlich werden zu lassen, daß und warum die finanzielle Leistungsfähigkeitsgrenze der Bundesfinanzen erreicht ist.“

(Helmut Schmidt, Godesberger Parteirat, 28. Januar 1977, a. a. O., S. 188)

„Zusätzliche öffentliche Dienstleistungen aus Krediten auf die Dauer finanzieren zu wollen, ist der sicherste Weg ins finanzielle, inflationäre Chaos.“

(Helmut Schmidt, Godesberger Parteirat, a. a. O., S. 186)

„Nur durch eine solide Einnahme- und Ausgabenpolitik kann das notwendige Vertrauen in die Finanzpolitik des Staates gestärkt werden. Die Bedeutung dieses Vertrauens für die konjunkturpolitische Stimmungslage, auch für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen, sollten wir nicht unterschätzen.“

(Hans Matthöfer, SPD-Pressedienst Wirtschaft Nr. 65, 18. Juli 1978)

„Weil konjunkturpolitisch eine überhöhte Neuverschuldung schädlich wäre und weil die Zinslasten im öffentlichen Haushalt auf mittlere Sicht zurückgeführt werden müssen, wird der Haushalt des Bundes im Jahre 1980 eindeutig im Zeichen der Herabsetzung der Nettokreditaufnahme gegenüber den bisherigen Planungen stehen.“

(Heinz Westphal, Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion; Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Nr. 851, 6. September 1979)

Schuldenstand des Bundes 1977:
147,9 Mrd. DM
Neuverschuldung:
21,8 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1978:
176,2 Mrd. DM
Neuverschuldung:
26,1 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1979:
201,5 Mrd. DM
Neuverschuldung:
25,6 Mrd. DM

„Die Bundeshaushalte wurden trotz wichtiger Reformvorhaben nahezu ohne Kredite finanziert, ...“

(Hans Matthöfer, SPD-Pressedienst Wirtschaft Nr. 80, 18. Oktober 1979)

„Ich bin nicht der Meinung, daß im Jahre 1980 die Verschuldung des Bundes sehr hoch ist.“

(Hans Matthöfer, „Frankfurter Gespräch“, Hessischer Rundfunk, 2. Dezember 1979)

„Über die geplante Nettokreditaufnahme von 27 Milliarden im Jahr 1981 ist keine weitere Verschuldung vorgesehen.“

(Hans Matthöfer, Interview mit Quick, 20. März 1980)

„Hier braucht niemand Angst zu haben um unsere Finanzpolitik.“

(Helmut Schmidt auf dem Deutschlandtreffen der SPD in Dortmund am 6. September 1980; SPD-Informationsdienst „Intern“ Nr. 15/80, 10. September 1980)

„In jedem Fall wird man gegenwärtig in Deutschland den staatlichen Kreditbedarf verringern müssen ...“

(Helmut Schmidt, Interview mit der „Zeit“, 12. Juni 1981)

„Eine weitere Erhöhung der öffentlichen Kreditaufnahme ist nicht mehr sinnvoll.“

(Hans Matthöfer, „Die Wirtschafts- und Finanzpolitik steht vor großen Herausforderungen“, Die Neue Gesellschaft, Heft 7, Juli 1981)

„Der Bundesregierung ist es gelungen, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der mit dem Willen zum Sparen ernst macht. Die Neuverschuldung wird wesentlich zurückgeführt.“

(Willy Brandt, Brief an die Mitglieder der SPD, SPD-Pressemitteilung Nr. 488, 3. September 1981)

Schuldenstand des Bundes 1980:

230,0 Mrd. DM

Neuverschuldung: 27,0 Mrd. DM

Schuldenstand des Bundes 1981:

270 Mrd. DM

Neuverschuldung: 38 Mrd. DM

In der Finanzplanung war für 1981 eine Neuverschuldung des Bundes von 27,2 Mrd. DM vorgesehen. Sie wurde um über 10 Mrd. DM überschritten.

„... die ökonomischen Grenzen (weiterer Kreditaufnahme) sind jedoch nicht erreicht.“

(Leitantrag des SPD-Vorstandes zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für den Münchner Parteitag 1982.)

Fazit: Die SPD ist unglaublich

Seit einem Jahrzehnt gaukelt die SPD den Bürgern solide Staatsfinanzen und gesunde Wirtschaftslage vor. Permanenter Stimmenfang zum Zweck der Machterhaltung ist an die Stelle glaubwürdiger, verlässlicher Politik getreten. Wie blanker Hohn muten heute die beschönigenden Behauptungen von SPD-Spitzenpolitikern kurz nach der Bundestagswahl 1980 an:

„Wir haben keinerlei Anlaß zum Pessimismus. Unsere Wirtschaft ist gesund.“

(Helmut Schmidt, Regierungserklärung, 24. November 1980)

„Die Bundesregierung hat vor der Wahl nichts verschwiegen oder beschönigt.“

(Hans Matthöfer, Sozialdemokrat Magazin, Heft 12/1980)

„Es gibt keine besonders ernste Lage der Bundesrepublik Deutschland.“

(Helmut Schmidt, Interview mit der „Zeit“, 12. Juni 1981)

Wer dennoch wagt, Kritik zu üben und auf die bitteren Folgen des Versagens der SPD-geführten Bundesregierung zu verweisen, der wird vom Bundeskanzler barsch beschieden:

„Das deutsche Volk ist verwöhnt.“

(Helmut Schmidt, „Süddeutsche Zeitung“, 7. April 1981)

Eines ist zweifellos richtig: Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren, was Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit anlangt, von der SPD und ihrem Bundeskanzler wahrlich nicht verwöhnt worden.

Zu Beginn des Jahres 1982

- waren fast 2 Millionen Menschen ohne Arbeit,
- war der Bund mit rund 270 Mrd. DM verschuldet,
- stiegen die Preise um ca. 6 Prozent,
- stagnierte das Wachstum des Bruttosozialprodukts